

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 41 (1961-1962)
Heft: 2

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

«CHÄS» IM MITTELALTERLICHEN KATMANDU

Langsam schwebten an einem sonnigen Februarvormittag die drei schweizerischen «Pilatus-Porter»-Flugzeuge ins Tal von Katmandu, der alten Stadt mit Pagoden, mit winkligen Gassen, bunt bemalten Häusern, mit herrlichen Holzschnitzereien, freundlichen Nepalesen, die farbige, gemusterte Kappen und weiße Schlauchhosen tragen. Und an einem strahlenden Frühlingstage erinnert das «Valley» ans Rheintal oder an den Jura. Eines der einmotorigen Flugzeuge, die den Verkehr zwischen Katmandu und den Außenstationen erleichtern werden, ist vom «Internationalen Roten Kreuz» gestiftet worden. Dr. Otto Wenger, der Delhi-Vertreter von Bührlé, war für die Übergabezeremonie in die nepalesische Hauptstadt gekommen, und fast die gesamte Schweizer Kolonie hatte sich auf dem Flugplatz eingefunden. 12 Schweizer werden vom «Schweizerischen Hilfswerk für außereuropäische Gebiete» in Nepal beschäftigt — ein Team mit prachtvollen Pionieren, die mit ungewöhnlichen Hindernissen fertig zu werden haben. In Jyaulakhel, nahe Katmandu gelegen, am Sitz des Schweizer Teams, leitet ein junger Zürcher Mechaniker, Carl Müller, eine mechanische Werk- und Lehrstätte — die einzige in Nepal —, in der 20 Nepalesen ausgebildet werden. Nur in dieser Schweizer Werkstätte konnte die «Gangway» hergestellt werden, die Anfang März von Königin Elisabeth benutzt wurde, als sie in Katmandu zu einem Staatsbesuch aus einer «Dakota» stieg. Die kleine Werkstatt führt auch bereits Reparaturarbeiten für die «Royal Nepal Airline Corporation» aus. Mit einer jährlichen Einnahme von 20 000 sFr. vermag sich das Unternehmen jetzt selbst zu tragen. In der Nähe, in Balaju, hat der Architekt A. Wartenweiler eine neue Werkstatthalle, die eine Werkstätte, Verwaltungsräume und eine Kantine enthalten wird, fertiggestellt, in einer klaren, einfachen Form und unter Verwendung des Ma-

terials, das in Nepal verfügbar ist; die «römischen Ziegel» beispielsweise sind nicht aus Indien eingeführt, sondern in Nepal hergestellt worden.

Ebenfalls in der Nähe von Katmandu, in Lainchour, helfen Schweizer in einer modern eingerichteten Molkerei, die, mit Mitteln aus der Entwicklungshilfe des Colombo-Planes erstellt, seit einem Jahr arbeitet. Die Leitung dieser Molkerei ist einem 25jährigen selbstbewußten Nepalesen, Laxman Raj, übertragen worden, der in Indien in der Milchwirtschaft ausgebildet worden ist. Ihm zur Seite stehen für Administratives ein Walliser, Jean-Jacques Roussi, und ein Luzerner Elektriker, Alois Luetolf. (Die Probleme dieses Luzerners sind einzigartig: Für die Touristen mag es amüsant sein, wenn abends die Stromversorgung versagt und sie unter schwach glimmenden Glühbirnen oder bei Kerzenlicht die Abende in ihren Hotels verbringen — in einer Molkerei jedoch erfordert es Improvisationskunst, wenn die Stromspannung plötzlich von 380 auf 120 Volt sinkt.) In dieser Molkerei wird Milch pasteurisiert, es wird gebuttert; auch eine Käserei gehört dazu. Und es ist ein eigenartiges Bild, in einem Kühlraum einen strahlenden Nepalesen zu treffen, der sorgfältig die Käseläiber abreibt — Käse, der in Nepal vor der Ankunft der Schweizer Käser nicht bekannt gewesen war, und der jetzt hauptsächlich nach Indien exportiert wird. Die Ausfuhr dieses «Himalaya Cheese», der wohl Löcher hat, räß und trotzdem nicht wie Emmentaler schmeckt, hat sich allein im letzten Jahr verdoppelt. Andere Schweizer arbeiten auf Außenposten. In Jiri beispielsweise, sieben Tagesmärsche von Katmandu entfernt, leitet ein Schweizer, der inzwischen seine Familie nachgeholt hat, eine Musterfarm mit Heusilo, Büffelstall, Räumen für die Landarbeiter. Ebenfalls in Jiri arbeitet die St.-Galler Krankenschwester Judith Baumgartner, allein, abgeschnitten,

über einem Stalle lebend. Kamado, ein Nepalese aus Those, sei der bisherige Höhepunkt ihrer Erlebnisse in Jiri gewesen, schilderte Judith Baumgartner im letzten ihrer regelmäßigen Berichte nach Katmandu. «Am 26. Januar wurde er zwei Stunden südlich der Farm am hellen Nachmittag von einem Leoparden angegriffen und arg zuge richtet. In schwerverletztem Zustand tötete der tapfere Mann mit seinem Messer die wilde Katze. Erst drei Tage später suchte er im hohen Fieber Jiri auf. Da schwand mir für Momente der Verstand. Kopfschwarte vom Genick bis in die Stirne aufgeschlitzt, tiefe, eiternde Bißwunde am rechten Kiefer. Am Ellbogen stinkende, zerfetzte Fleischwunde. Nebst unzähligen eiternden Kratzwunden machte mir die linke Hand Bedenken: kaum konnte ich vor Wunden fünf Finger identifizieren.» Sie half, «und das Wunder geschah: Vorgestern durfte er heimgehen, gefeiert als Held der Talschaft. Natürlich erzählte er immer wieder seine Geschichte, und der zwei Meter lange Leopard wurde für Tage an einer Stange in Nachbardörfern und Tälern herumgeführt und gefeiert. Der kleine, humorvolle Mann erklärte mir beim Heimgehen, seine Mutter, die ihm Milch gab, sei schon lange gestorben, aber ich sei nun seine Mutter. Die Geschichte wäre nicht vollständig, würde ich Euch nicht verraten, daß ich den Leoparden bekam. Ich freute mich riesig an dem schönen Fell — wie ihr mich kennt, nicht für die Bahnhofstraße, aber als einmalige Erinnerung an meine erste Jirizeit». Im März wird eine Toggenburger Ärztin, Fräulein Dr. Tobler, nach Jiri hinausgehen. Dann soll dort oben eine Station gebaut werden, für die alles Baumaterial in langen Tagesmärschen hinaufgetragen werden muß. (Es wird geschätzt, daß in ganz Nepal etwa 100 Ärzte arbeiten; die Mehrzahl im sogenannten «Valley»; statistische Angaben über Geburten, Sterblichkeit, Krankheiten gibt es nicht. Ein westlicher Diplomat erzählte uns, daß deshalb die ausländischen Missionen, die im Gesundheitswesen tätig sind, im Dunkeln tappen.)

Was an der schweizerischen Pionierarbeit in Nepal sofort beeindruckt, ist, daß sie auf die Bedürfnisse und Verhältnisse der Nepa-

lesen zugeschnitten ist: Der Zürcher Mechaniker hat bereits einige einfache, nicht teure Hilfsmittel konstruiert, die für den nepalesischen Alltag brauchbar sind. Das Schweizer Team will absichtlich keine «westlichen Wunder» hinstellen, sondern das beste aus den verfügbaren Mitteln machen, sie so anwenden, daß das «Modell» nachgeahmt und wiederholt werden kann. Wie richtig das ist, läßt sich daran ermessen, daß es für die 20 nepalesischen Mechaniker schwer sein wird, Arbeit zu finden, wenn sie in einigen Jahren ihre Lehre in der Schweizer Werkstatt beendet haben werden: Um sie auch finanziell auf die eigenen Füße zu stellen, müßte man ihnen kleine Mechaniker-Läden schenken, die es bisher nicht gibt.

*

Indes: diese schweizerische Hilfe, aber auch die der anderen westlichen Missionen in Katmandu, findet auf einem Felde statt, das politisch, um zum alten Briest auszuweichen, «allzu weit» ist. Die Redensart «Bergvolk hilft Bergvolk» trifft den Sachverhalt nicht. Richtiger wäre: «20. Jahrhundert hilft dem Mittelalter.» Für Nepal mit 8,5 Millionen Einwohnern (92% Analphabeten) hat weder die westliche Zivilisation noch, politisch gesehen, die Neuzeit begonnen. Der Staatsstreich von oben, den der König Mahendra am 15. Dezember elegant durchgeführt hat — B. P. Koirala, der populäre Premierminister der Kongreß-Regierung, wurde, zusammen mit seinen Ministern, nach 18 Monaten im «Sekretariat», dem Regierungssitz im imposanten Singh Durbar, von der Königlichen Garde während eines Jugendfestivals verhaftet, und er wird, wie angenommen wird, noch lange auf einen Prozeß warten können — diese autoritäre «Säuberung» bewies zumindest, daß das bisherige System momentan noch stabil ist. Am 18. Februar, am «Nationalfeiertag», an dem die zehnjährige Wiederkehr der Ausrufung der «Demokratie» durch König Tribhuban, den Vater des gegenwärtigen Herrschers, mit einer Parade, mit vielem Gepränge gefeiert wurde, wurden nur erste Protestrufe laut, die Koirala in seiner Gefängniszelle hören konnte. Die Demon-

stranten sollen Teenagers gewesen sein. Fünf Mädchen wurden verhaftet und später zu je drei Jahren Gefängnis verurteilt. Inzwischen ist es im Lande, in dem es bisher totentstill war, zu blutigen Zwischenfällen gekommen. Plünderungen, Vergewaltigungen und das Auslöschen ganzer Dörfer durch Armeeeinheiten sind berichtet worden. Der monarchisch-diktatorische Druck hat republikanischen Gegendruck erzeugt.

Der Besucher, der von Patna aus in einer Maschine der «Royal Nepal Airline» nach Katmandu fliegt — richtiger: in einer bis aufs Metallskelett ausgeschlachteten «Dakota», die von einem bärtigen polnischen Kapitän im Rollkragenpullover zwischen die Bergspitzen hindurchgeschaukelt wird — ist versucht, seine Eindrücke im Tal von Katmandu aufs Land zu übertragen: Im «Valley» sind die Läden voller als in Patna, wird mehr Englisch gesprochen als in indischen Städten, und nur die tibetischen Flüchtlinge — 23 000 nach offizieller Angabe, 13 000 nach inoffizieller Angabe, von denen einige als «fünfte Kolonne» wirken mögen —, nur diese kräftigen, wilden Tibetaner mit Waffen am Gurt, selbst wenn sie auf dem Markt einkaufen, bringen eine fremdartige Note unter die farbenfroh gekleideten Nepalesen, die keine direkte europäische Herrschaft kennen gelernt haben und die deshalb, so scheint es, weniger von Minderwertigkeitskomplexen geplagt werden als ihre indischen Nachbarn. Allerdings: nur für dieses freundliche Tal von Katmandu, das einen Durchmesser von 30 Kilometer hat, ist jedes Visum, das von einer nepalesischen Botschaft ausgestellt worden ist, gültig. Wer ins Landesinnere reisen will, braucht eine Sondergenehmigung vom «Sekretariat». Auf eine Landkarte von Nepal übertragen, ist das «Valley» so groß wie ein Tintenleck auf einem weißen Tuch. Und dieses Valley, in dem die meisten Ausländer leben, ist wie ein Schaufenster, in dem Waren gezeigt werden, die nicht am Lager sind: In diesem Hinterland, von 32 Distrikts-gouverneuren verwaltet (von denen nur fünf die «Säuberung» überdauert haben), in Talschaften gegliedert, in denen das sogenannte «Birta»-System des Landbesitzes gilt, Großgrundbesitzer herrschen, die weder

von einer Steuer noch einer Statistik erfaßt werden, während ihre Pächter (oder: «Leibeigenen») kostenlos für sie arbeiten, ist Mittelalter. B. P. Koirala hatte seine Reformen auf eine «neutrale Zone» beschränkt: auf den Bau von Straßen, Schulen, Spitälern. Die Gesetzesvorlage zur Abschaffung des «Birta»-Systems hat das Diskussionsstadium nicht überschritten. Diese Diskussion hatte sich so ausgebreitet, daß auch der königliche Herrscher einige Reformen in Aussicht stellen mußte, die von der Koirala-Regierung angepackt worden waren: Im März hat König Mahendra die Quasiselbständigkeit seiner Vasallen, der Ranas, aufgehoben.

Über die Hintergründe des Staatsstreiches kursieren in Katmandu nur Gerüchte. Die Mauern des von einer starken königlichen Garde bewachten «Royal Palace», von dem aus seit dem 15. Dezember regiert wird (zusammen mit einem 17köpfigen «Nationalen Rat»), sind dick und dicht. Selbst die westlichen Diplomaten, die in Katmandu tätig sind, leiden unter einem gewissen Kontakt- und Informationsmangel und sind auf Vermutungen angewiesen. Die wenigen Zeitungskorrespondenten, die im «Sekretariat» akkreditiert sind — vor allem Inder —, sind stark aufs Spekulieren angewiesen. Das neue «Ministry for National Guidance», das König Mahendra am «Nationalfeiertag» angekündigt hat und dessen Bildung erwartet worden war, ließ bereits vermuten, daß sich am nepalesischen Regime die autoritären Züge mehren. Diese Vermutungen sind inzwischen bestätigt worden. Ein Spitzelsystem ist eingeführt worden, reisende «Säuberungs»-Beamte stöbern «antisoziale Elemente» auf und über den Nepalesen im Ausland schwebt die Drohung, daß sie Besitz und Bürgerrecht verlieren können, falls sie auf Anordnung Katmandus nicht zurückkehren. In Katmandu ist von westlicher Seite auch die Ansicht zu hören, daß der Staatsstreich vom 15. Dezember nicht der letzte gewesen wäre und daß der nächste Streich von militärischen Kreisen kommen würde. Solange jedoch das feudale System in Nepal stabil ist, ist es fraglich, ob die Härten der bestehenden Sozialordnung durch die Tätigkeit der westlichen Missionen im Landesinnern gemildert

werden — im letzten Jahresbericht des «Schweizerischen Hilfswerks» wird argumentiert, daß den Bauern, die von einer Molkerei den doppelten Milchpreis erhalten, geholfen werde, ihre Schuldenlast gegenüber den Landbesitzern zu mildern. In Katmandu selbst wird jedoch von unbeteiligten Beobachtern auf das Paradox hingewiesen, daß,

beispielsweise, eine verbesserte Milchwirtschaft im Landesinnern das feudale System konsolidiert: Denn es ist nicht der Bauer, der in den geschlossenen Talschaften darüber entscheidet, wer Milch liefern darf an die modernen, neuzeitlichen Molkereien.

Alfred Schüler

DIE RUSSISCHE PRESSEZENSUR

*«Die Zeitungen sagen nichts? —
um so besser. Das Glück Rußlands
ist immer in der Stille aufgebaut worden,
darum steht es so fest.»*

Saltykow-Schtschedrin

*

Die Verfolgung der Pressefreiheit in Rußland ist älter als das Sowjetregime. Mit Ausnahme einer relativ kurzen Periode vor dem ersten Weltkrieg und in der Zeit der russischen Konstituante, litt das russische Pressewesen stets unter dem Druck einer allmächtigen Zensur. Die zaristischen Behörden errichteten eine bürokratische Institution, die zweierlei Aufgaben hatte. Sie wachte darüber, daß sich in den russischen Zeitungen kein unkontrollierter Gedanke äußern durfte, und sie paßte genauestens auf, daß keine unerlaubten Veröffentlichungen aus dem Ausland nach Rußland gelangten. Die Bolschewiki, die diese Wand von der Emigration aus zu durchbrechen versuchten, haben aus eigener Erfahrung gewußt, was das unzensierte Wort erreichen kann. Nachdem sie die Macht in Rußland erobert hatten, haben sie ihre eigene Methode zur Unterdrückung der Pressefreiheit entwickelt, die, im Vergleich zu den Verhältnissen des zaristischen Rußlands, in vielem verfeinert und wirksamer wurde. Die von Lenin begründeten Normen der Pressekontrolle sind unter Stalin noch drakonischer geworden. Schon in den dreißiger Jahren ist die Sowjetunion sowohl für die einheimischen Journalisten wie auch für die Auslandskorrespondenten ein ödes Land gewesen, weil für die beiden Arten der journa-

listischen Tätigkeit unüberwindliche Barrieren der unzulänglichen Informationsquellen und einer mißtrauischen Staatsobrigkeit errichtet waren.

Formaljuristisch ist die Pressefreiheit in der sowjetischen Verfassung gesichert. Aber die praktische Anwendung des § 125 kommt ebenso wenig zur Geltung wie die anderen von der noch immer gültigen Stalin-Verfassung garantierten Grundfreiheiten.

Der Auslandskorrespondent gilt seit Geburt des Sowjetstaates in den Augen der kommunistischen Funktionäre als der Halbbruder eines Spions. Es gab in der stalinistischen Zeit zahlreiche Spionagefilme, die hergestellt wurden, um dem Sowjetmenschen die Tatsache der hermetischen Abgeschlossenheit seiner Heimat vom Ausland als ein höheres Ziel zum Wohle der Sowjetgesellschaft plausibel zu machen und zugleich den von oben geschürten Ausländerhaß im Volk zu verankern. In solchen Fällen trat oft als Prototyp eines «negativen Helden» und höchstgefährlichen Feindes der Sowjetunion ein westlicher Auslandskorrespondent auf. Dieses jahrzehntelang bewußt gesäte Mißtrauen gegenüber den ausländischen Pressevertretern hat zweifellos, vom Standpunkt der sowjetischen Diktatur aus gesehen, positive Folgen gezeitigt. Man braucht in der Sowjetunion nicht zu befürchten, daß das sogenannte Staatsgeheimnis in einem Geschwätz mit den fremden Korrespondenten ausgeplaudert wird. Die Angst vor dem Gespenst des nationalen Verrats ist eines der beherrschenden Elemente der Verhaltensweise der überwältigenden Mehrheit der Sowjetbevöl-

kerung geworden. Das hat eine unbeschreibliche Scheu vor jeglichen Kontakten mit den westlichen Pressevertretern zur Folge gehabt, die sich, mit wenigen Ausnahmen bei den Literaten, Künstlern und vielleicht Studenten, fast rigoros auf alle Schichten der sowjetischen Bürokratie ausdehnte.

In einer solchen Atmosphäre ist die Vorzensur für die Auslandskorrespondenten, wie sie bisher bestanden hat, auch vom Standpunkt der sowjetischen Diktatur aus, eher ein Kuriosum als eine Staatsnotwendigkeit gewesen. Diese Vorzensur ist nie als ein Bestandteil der sowjetischen Beziehungen zum Ausland offiziell bestätigt worden. Vergeblich sucht man nach einem entsprechenden Satz in allen sowjetrussischen Enzyklopädien und Nachschlagewerken. Sogar über die sogenannte GLAWLIT, das ist die russische Abkürzung für die Zensurbehörde, deren voller Wortlaut: «Hauptverwaltung für die Literatur und Verlagswesen» lautet, einer vor vielen Jahren gegründeten Staatsbehörde des Kulturministeriums, die sich später zu einem beinahe selbständigen Instrument der Pressepolitik entwickelt hatte, ist nirgends in den sowjetischen Informationsquellen eine kurze Notiz enthalten. Im Moskauer Telefonbuch steht nur unter der Rubrik: «Das Pressewesen» sehr delikate die Abkürzung GLAWLIT UdSSR und die Telefonnummer K 44 663, ohne Straßenangabe.

Um die Einflußnahme auf die Zensurbehörde hat es seit Jahren einen erbitterten Streit zwischen der Geheimpolizei, der militärischen Abwehr der Roten Armee und den Presseabteilungen des Zentralkomitees und des Außenministeriums gegeben. In gewisser Hinsicht erinnert dieser interne Konkurrenzkampf um die Auslandspresse an die Zeiten des Dritten Reiches. Solange in Moskau die Zahl der westlichen Pressevertreter um ein Dutzend herum schwankte, konnte man des schwachen Stromes von Manuskripten einigermaßen Herr werden. Nachdem aber diese Zahl inzwischen auf 150 angeschwollen ist, wachsen die Schwierigkeiten laufend, und die Zensurbehörde entwickelte sich zu einem recht umfangreichen bürokratischen Unternehmen. Daraus ergaben sich für die Sowjet-

regierung zahlreiche Unannehmlichkeiten. Wie jede Diktatur ist auch die sowjetische darum bemüht, daß ihre Innen- und Außenpolitik von den in Moskau akkreditierten Korrespondenten möglichst positiv beurteilt wird. Eine Vorzensur schuf durch die physischen und psychischen Strapazen, die man den Korrespondenten auferlegte und infolge der professionellen Unzufriedenheit wegen des Zeitverlustes in diesem immerhin schnellen Gewerbe sowie durch die oft konfusen Streichungen des Textes, alles andere als potentielle Freunde. Es kamen noch andere Schwierigkeiten hinzu. Allmählich wurde die Praxis der Vorzensur für das Sowjetsystem ein Klotz am Bein. Denn es sah sonderbar aus, daß die Sowjetunion nach mehr als 40 Jahren der kommunistischen Herrschaft und bei dem ungewöhnlich technischen Fortschritt in der Bevormundung der Auslandskorrespondenten konservativer und reaktionärer als alle anderen Diktaturen der Welt vorging. Sogar die innenpolitisch weniger stabilen Satellitenstaaten haben auf diese Art der kompromittierenden Praxis verzichtet. Es hat sich außerdem oft erwiesen, daß die Vorzensur nicht immer eine wirksame Waffe zur Unterbindung der geistigen Konterbande ist, weil intelligente Schreiber oft Formulierungen finden konnten, die dem wachsamen Auge der Zensur ent schlüpften. In solchen Fällen konnte natürlich die Sowjetbehörde nicht mehr rückwirkend vorstellig werden. Aus dieser Summe von Überlegungen ist schließlich die Entscheidung entstanden, daß man mit Wirkung vom 23. März 1961 die Vorzensur für die in der Sowjetunion tätigen Auslandskorrespondenten aufgehoben hat. Die Sowjetunion hat mit diesem Schritt eine Modernisierung der recht veralteten Methode der Pressekontrolle vorgenommen.

Die sowjetischen Behörden gehen jetzt in ihrem Verhältnis zu den Auslandskorrespondenten zu der üblichen Methode der Diktaturen über, in dem sie das Wagnis einer kritischen Beurteilung der inneren Verhältnisse und der Außenpolitik ihres Landes dem persönlichen Mut und Gewissen eines jeden Journalisten überlassen. Wie sie das in Zukunft handhaben ist vorläufig nicht zu über-

sehen, aber der Pressechef des sowjetischen Außenministeriums, Charlamow, ist bei der Verkündung der veränderten Zensurbestimmungen in seinen Ermahnungen recht deutlich gewesen. In der Praxis wird die Überwachung für die Sowjets etwas komplizierter werden, weil sie jeweils Dossiers für die in Moskau akkreditierten Korrespondenten in den sowjetischen Botschaften der Herkunftsländer der Journalisten anlegen müssen. Auf der anderen Seite ergibt sich daraus auch eine gewisse Verfeinerung des Arbeitsstils der sowjetischen Presseauguren. Die in Moskau tätigen Zensoren konnten nicht immer ahnen, was in der jeweiligen Situation vom sowjetischen Standpunkt aus als positiv oder negativ zu beurteilen war. Erst aus den gegebenen Verhältnissen in dem Lande, in dem die Zeitungen erscheinen, wie die Berichte und Artikel placiert werden und welchen Widerhall sie in der Öffentlichkeit finden, können die entsprechenden Schlußfolgerungen gezogen werden.

Allerdings wäre es naiv, die Vorzensur als das einzige Haupthindernis für die Tätigkeit eines Auslandskorrespondenten in der Sowjetunion anzusehen. Diese Institution war nur ein Glied in einer ganzen Kette von Zensurmaßnahmen. Das Zensurwesen für einen Auslandskorrespondenten in der Sowjetunion besteht nämlich aus einem großen Katalog recht verschiedener Elemente, die seine Tagesarbeit erschweren. Die erste und wichtigste hängt natürlich mit der inneren Zensur im sowjetischen politischen Leben, mit der Geheimnistuerei zusammen, die die Pyramide des politischen Staatswesens von oben nach unten und von unten nach oben beseelt. In einem Lande ohne parlamentarische Debatten, in dem der Oberste Sowjet jeweils zweimal im Jahr den stereotypen Prozeß der Bejahung aller längst vom Zentralkomitee unter Ausschluß der Öffentlichkeit beschlossenen Gesetze und Entscheidungen abwickelt, und die Staatskrisen, Demissionen etc., nur aus der «Prawda» zu erfahren sind, ist die Zensur gewissermaßen in jedem Akt der Politik vorhanden. Als ein weiteres Element der sowjetischen allgemeinen Zensurbestimmungen, unter denen die Auslandskorrespondenten zu leiden haben,

ist die Knebelung der inländischen Presse, des Rundfunks und des Fernsehens zu betrachten. Die Auslandskorrespondenten pflegen in jedem Land ihre Schwesterunternehmen, die heimischen Zeitungen, als wesentliche Informationsquellen und Barometer der politischen Lage zu werten. Bei dem gleichgeschalteten und kontrollierten sowjetischen Pressewesen vermindert sich diese Funktion erheblich, denn der Auslandsjournalist erhält als Grundlage für seine informative Aufgabe bereits gründlich vorzensierte Produkte der geistig-politischen Arbeit. Dem globalen System des sowjetischen Zensurwesens entsprechen die bereits anfangs erwähnten Elemente des Mißtrauens und der Angst dem Fremden gegenüber. Dadurch ist die Möglichkeit eines persönlichen Gesprächs, sei es mit den profilierten Politikern des Landes, sei es mit den einfachen Bürgern der Nation, auf ein Minimum beschränkt. Aber die Sowjetunion hat sich in dieser Hinsicht auf eine doppelte Weise rückversichert, denn sie traut auch ihren Bürgern nicht das zu, was sie eigentlich auf Grund der von ihr angewandten Einschüchterungsmaßnahmen und der Haßpropaganda durchaus erwarten könnte, und deswegen hat sie die in ihrem Lande tätigen Auslandskorrespondenten mit den Reisebeschränkungen in ihrer Freizügigkeit gehemmt. Wenn man zu alledem noch betont, daß, infolge der immer wieder vorkommenden Machtkämpfe und Säuberungen, die Gegenwartsgeschichte immer wieder umgeschrieben wird und aus den allgemein zugänglichen Bibliotheken und Archiven wichtige Bücher und Dokumente nach jeder Wendung verschwinden, kommt noch das Problem der Überprüfung und der Konfrontation, der kritischen Auswertung der im Augenblick gültigen Parolen hinzu.

In diesen Aspekt gehört auch die planmäßige und systematische Abschnürung der Sowjetunion von den unzensierten Presseveröffentlichungen und Rundfunknachrichten des Auslandes. Das Verbot, welches für die überwältigende Mehrzahl der in der freien Welt gedruckten Zeitungen und Bücher seit Jahrzehnten besteht, und die Tausende von Störsendern, welche Tag und Nacht mit ihrem Gejaule den Sowjetbürger

am Abhören der unzensierten ausländischen Radiomeldungen hindern, wirken sich ebenfalls auf die Tätigkeit der Auslandskorrespondenten insofern aus, als dadurch die Grundlagen zu einem freien Umlauf von Nachrichten und infolgedessen an einer elementaren internationalen Diskussion nicht vorhanden sind, was in der Konsequenz die Berichterstattung der ausländischen Pressevertreter automatisch einengt. Alles in allem

bedeutet die Entscheidung der Sowjetbehörden über den Fortfall der Vorzensur keine Liberalisierung der sowjetischen Informationspolitik, sondern eher eine technische Vereinfachung der Übermittlung bereits im Grunde genommen zensierter Nachrichten und Reden, eine Modernisierung, wie sie in zeitgenössischen Diktaturen üblich ist.

Alexander Korab

VERFOLGUNG UND BEHAUPTUNG DER RUSSISCH-ORTHODOXEN KIRCHE

Die vorzüglich redigierte Zeitschrift *Orientierung* (Katholische Blätter für weltanschauliche Information, Zürich) untersucht in zwei Heften (Nr. 4 und Nr. 5/1961) die Lage der Orthodoxen Kirche in Sowjetrußland, die sich während der 43 Jahre des bolschewistischen Systems wiederholt geändert hat. Eine erste Periode der Kirchenverfolgung erlebte ihre aktivste Phase in den Jahren 1927 bis 1939. Unter dem Druck des Krieges stellte Stalin die Verfolgung ein, um auch die Unterstützung der kirchentreuen Bevölkerung zu gewinnen. Auch nach dem Kriege erfreute sich die Kirche zunächst noch einer relativ großen Freiheit, wofür sie sich freilich als Propagandapferd der Kommunisten mißbrauchen lassen mußte. Das Verhältnis von Staat und Kirche änderte sich 1954 mit dem Auftreten Chruschtschews wieder vollständig. Im November 1954 proklamierte das Zentralkomitee den «ideologischen Kampf der wissenschaftlichen, materialistischen Weltanschauung gegen die unwissenschaftliche, religiöse Weltanschauung» und eröffnete damit wieder eine ständig zunehmende Verfolgung, die als «atheistische Propaganda» den Schutz der Verfassung genießt, während der Kirche alle Gegenmaßnahmen untersagt sind. Außerhalb des Elternhauses ist jede religiöse Unterweisung Minderjähriger verboten und mit Strafe bedroht. Die Gewissensfreiheit wird in der Sowjetunion nicht einmal mehr dem Schein nach gewahrt. Presse und Rundfunk streuen systematisch Verleumdun-

gen gegen unliebsame kirchliche Personen aus, wobei drei Anklagen in verschiedenen Variationen immer wieder erhoben werden: Zusammenarbeit mit dem Feind, Verschleuderung der Gelder der Gläubigen und unmoralischer Lebenswandel. Im gesamten Gebiet der Sowjetunion gab es 1958 noch 69 Klöster; 1959 wurden mindestens 8 aufgehoben. Dabei geht man in der Weise vor, daß man einem Kloster erst die Aufnahme von Novizen untersagt und später das Kloster wegen «Leutemangel» aufhebt. Eine Flut populärer antireligiöser Schriften wird herausgegeben. Radio, Fernsehen und Film werden für den gleichen Zweck eingesetzt. Man sucht besonders die Kinder in der Schule und im Komsomol zu beeinflussen. Von einer Rücksichtnahme auf die «religiösen Gefühle der Gläubigen» ist keine Spur festzustellen.

Es zeugt aber für die tiefe Religiosität gewisser Volksschichten, daß, trotz massiver Angriffe gegen die Religion, immer noch eine relativ große Zahl von Gläubigen besteht, die den Kommunisten ein ständiger Dorn im Auge sind. Es konnte bisher nur schwer vermieden werden, daß die Kinder in religiösen Familien wenigstens einen Teil des religiösen Erbes mitbekamen. Darum muß auch Chruschtschews Idee der Internatserziehung als ein direkter Angriff gegen die Religion gewertet werden. Man will damit die Kinder aus der Einfluß-Sphäre des Elternhauses herausreißen, damit man sie

ganz im Sinne der Partei zu Kommunisten erziehen kann.

Die Orthodoxe Kirche zeigte anfänglich Zurückhaltung gegenüber den Kommunisten und suchte jede Herausforderung zu vermeiden. Als jedoch die Kommunisten begannen, die Kirche in ihren Grundrechten zu verletzen, nahm der Patriarch den Kampf unerschrocken auf und belegte 1918 die Sowjetregierung mit dem Kirchenbann. 1922 forderte er die Gläubigen zum Widerstand gegen ein Dekret der Regierung auf, das die Beschlagnehmung des ganzen Kircheneigentums bestimmte, worauf der Patriarch verhaftet wurde. Als aber auch Repressalien gegen den zum Patriarchen haltenden Klerus einsetzten, kapitulierte der Patriarch und gab eine Loyalitätserklärung ab, um größeres Unheil für die Kirche zu vermeiden. Auch sein Nachfolger, der Metropolit Sergij, sah sich zu weitgehenden Zugeständnissen an das Regime genötigt, um wenigstens das kirchliche Leben in den Dörfern vor der völligen Vernichtung zu retten. Wie weit sich die Russisch-Orthodoxe Kirche auch heute noch gegen die Angriffe des gottlosen Kommunismus verteidigt, erhellt aus einem Exkommunikationsdekret des Heiligen Synods von Ende 1959 gegen einige ehemalige Priester, die als Apostaten in der Gottlosenbewegung eine aktive Rolle spielen. Dieses Dekret ist ein Beweis für ein äußerst mutiges Eintreten des Patriarchates für die Belange der Religion und verdient alle Beachtung. Auch aus öffentlichen Reden des Patriarchen vernimmt man einen wesentlich schärferen Kurs gegenüber der atheistischen Kirchenpolitik des Kremls, und ein prokommunistisch gesinn-

ter Metropolit und Leiter des kirchlichen Außenamtes wurde kurzerhand aus den Reihen des Heiligen Synods ausgeschlossen.

Es ist bemerkenswert, daß daraufhin auch die Kommunisten diesen Metropoliten fallen ließen. Im Kampf gegen die neue Kirchenverfolgung dürfen Hierarchie und Klerus offenbar auf die aktive Unterstützung der Bevölkerung rechnen. 43 Jahre kommunistischer Herrschaft haben der Kirche nicht nur schwere Verluste gebracht, sondern auch eine sehr starke Intensivierung und Verinnerlichung des Glaubens. Die Kirche hat in den Jahren der Verfolgung viel gelernt. Nach wie vor ist ihre beste Waffe im Kampfe gegen den kämpferischen Atheismus der passive Widerstand, eine Art des Kampfes, die dem russischen Charakter sehr entspricht. Hie und da zeigt sich aber auch die Spur einer aktiven Verteidigung der Religion.

Eine überraschende Wendung in der staatlichen Kirchenpolitik bildet ein Artikel der «Prawda» vom 8. Januar 1961, der die bisherigen Diffamierungskampagnen gegen die Geistlichkeit als falsch und schädlich bezeichnet. Aus realpolitischen Überlegungen will man die Gläubigen nicht länger vor den Kopf stoßen und die Sowjetbürger nicht entzweien, sondern will sie vereinigen im «allgemeinen Kampf für den Kommunismus». Es darf als indirekter Beweis für die Stärke der Kirche gewertet werden, daß sich die Kommunisten wieder zu solchen Kompromissen herbeilassen müssen. Selbst die Große Sowjetenzyklopädie muß zugeben, daß die Mehrheit des russischen Volkes nicht frei sei von «religiösen Vorurteilen».

BERICHT AUS LONDON

Die Commonwealth-Konferenz

Das wichtigste Ergebnis der Londoner Commonwealth-Konferenz war zweifellos der Austritt Südafrikas. Trotzdem dieses noch bestehende Bindeglied zwischen den heute unabhängigen Staaten des ehemaligen briti-

schen Weltreiches weder eine politische Gemeinschaft ist noch den Mitgliedern das Recht gibt, sich gegenseitig in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen, war Verweigerung der Apartheid zu viel des Guten für die farbigen Commonwealth-Staaten. Am schärfsten gingen die Regierungshäupter Ghanas

und Malayas, Dr. Nkrumah und Tengku Abdul Rahman, gegen den Burenführer vor. Sie wurden dabei kräftigst unterstützt vom kanadischen Ministerpräsidenten Diefenbaker, wodurch ein Gegensatz zwischen den weißen und farbigen Mitgliedstaaten des Commonwealths vermieden wurde. Macmillan tat sein möglichstes, um Südafrika im Commonwealth zu halten, nicht aus Rücksicht gegenüber der von ihm ebenso verurteilten Rassenpolitik der südafrikanischen Regierung, sondern aus Rücksicht auf die Million südafrikanischer Bürger englischer Abstammung, für die diese Trennung von jeglicher Gemeinschaft mit dem Mutterlande ein schwerer Schlag war, schwerer noch als die Proklamierung der Republik auf Grund der letzten Volksabstimmung und die dadurch bedingte Lösung der monarchischen Personalunion mit Großbritannien. Ob der Austritt Südafrikas die Solidarität der verbliebenen Commonwealth-Mitglieder stärken oder zu weiteren Verurteilungen anderer Staaten dieses eigenartigen Klubs führen wird, bleibt abzuwarten. Kommunismus ist zwar noch keinem vorzuwerfen, aber Faschismus mag schon so manchem nachgesagt werden, zum Beispiel dem keinerlei Opposition duldenden Regime in Ghana.

Doch bewies die Commonwealth-Konferenz eine viel größere politische Solidarität als bisher durch ihre Beschlüsse über die Notwendigkeit einer international kontrollierten allgemeinen Abrüstung und zu Gunsten der Aufnahme Rotchinas in die Vereinigten Nationen. Statt der üblichen nichtsagenden Communiqués über vertraulichen Meinungs austausch haben wir es diesmal mit gemeinsamen politischen Richtlinien zu tun, wenn auch ohne Herstellung einer gemeinsamen Front. Ein solches Resultat kam jedenfalls sehr unerwünscht für die Russen, für die der Neutralismus der asiatischen und afrikanischen Commonwealth-Staaten, vor allem Indiens und Ghanas, bisher immer eine Neigung nach Osten zu zeigen schien. Dagegen brachte die Konferenz nichts Neues in der für England so lebenswichtigen Frage der Harmonisierung seiner Rolle im Commonwealth mit seiner Zugehörigkeit zu einem sich mehr und mehr zusammenschließenden

Westeuropa. Die bestehenden privilegierten Zölle («Präferenzen») für Commonwealthmitglieder in England und die Sorge um die subsidierte Landwirtschaft verhinderten bisher einen Beitritt Großbritanniens zur EWG. Statt dessen trat die Londoner Regierung der EFTA bei in der Hoffnung, daß dies durch einen entsprechenden «Brückenschlag» zur wirtschaftlichen Einigung Westeuropas führen müsse. Diese Hoffnung scheiterte bisher am Widerspruch Frankreichs gegen jeglichen Brückenschlag, der eine Liberalisierung der EWG durch Öffnungen für Einfuhr aus dem Commonwealth und Ausnahmen für britische landwirtschaftliche Produkte zur Folge hätte. Frankreichs Einwendungen waren in Wirklichkeit politischer Natur, weil General de Gaulle anscheinend an seiner führenden Rolle im Konzert der EWG besonders gelegen ist und er weder eine britische Konkurrenz noch die störende Beteiligung von Neutralen wünscht. Seitens der Commonwealthstaaten machten auf der Konferenz bloß Kanada und Neuseeland Einwände gegen Englands «Integration» mit Westeuropa, während die anderen bloß um die Beibehaltung ihrer «Präferenzen» auf dem britischen Markt baten.

Das Einvernehmen Macmillan-Kennedy

Das dadurch bedingte Zögern Macmillans mit weiteren Schritten in der Richtung der ihm sehr nahe liegenden westeuropäischen Einheit mag sich nun dem Ende nähern auf Grund seiner Washingtoner Unterredungen mit Präsident Kennedy. Während die Eisenhower-Regierung die EWG eher einseitig protegierte, zeigte der neue Präsident nicht nur das größte Interesse an einem möglichst weitgehenden Brückenschlag, sondern versprach auch, sich bei General de Gaulle für eine rasche diesbezügliche Verständigung einzusetzen. Da bei dieser Gelegenheit Kennedy und Macmillan auch einig waren in der Erkenntnis der Notwendigkeit, das besondere amerikanisch-britische Verhältnis im Interesse einer weiteren transatlantischen Solidarität entsprechend auszuweiten, um der Aggressivität der kommunistischen Kolosse eine durch und durch einheitliche Front ent-

gegenzusetzen, mag der baldige Pariser Besuch des Präsidenten eine günstige Lösung näher bringen. Dies scheint um so wahrscheinlicher zu sein, als Kennedys Plan einer gründlichen Reorganisierung der NATO sowohl General de Gaulles Verlangen nach einem Exekutivorgan des Natorates, als auch seine Forderung nach Mitverantwortung für den Gebrauch jeglicher Kernwaffen anscheinend zu erfüllen verspricht. Macmillan verzichtete zwar nicht auf das Recht eigener Kernwaffen für Großbritannien, zeigte sich jedoch durchaus bereit, im Interesse der westeuropäischen Solidarität, vor allem um General de Gaulles Ehrgeiz zu beschwichtigen, auf die bisherige privilegierte Stellung Englands in der atlantischen Zusammenarbeit mit Amerika zu verzichten. Der Washingtoner Besuch des britischen Ministerpräsidenten war auch verbunden mit einer absolut einheitlichen Einstellung der Westmächte gegenüber dem Bestreben Rußlands und Chinas, die noch freien Staaten Indochinas, Laos und Südvietnam, in das kommunistische Weltreich einzugliedern. Die Konferenz von Bangkok der Staaten der SEATO war diesbezüglich durchaus erfolgreich, wenn auch mit der Gefahr gerechnet werden muß, daß selbst im Falle einer annehmbaren Kompromißlösung der Krise in Laos die Kommunisten ihre Eroberungspläne nicht aufgeben werden. Rußland hat es bisher jedesmal verstanden, durch systematische Vertragsbrüche auch das zu erreichen, auf was es auf einer internationalen Konferenz als Konzession zugunsten des Westens verzichtet hatte. Jedenfalls war die Krise in Laos für Kennedy ein willkommenes Argument, um Macmillan von der Notwendigkeit einer wesentlichen Stärkung der konventionellen Streitkräfte des Westens zu überzeugen. Die Drohung, eine Invasion Westeuropas mit atomischen Ferngeschossen und Wasserstoffbomben zu verhindern, mag wohl die Russen vor einem solchen Wahnsinn abschrecken, kommt aber für die Abwendung lokaler Kriege nicht in Betracht. Ob dies England nicht zur Wiedereinführung der allgemeinen Militärdienstpflicht zwingen wird, muß abgewartet werden.

Offiziell war Macmillan auch in der Beur-

teilung der Lage in Afrika durchaus mit Kennedy einig. Beide wollen und werden General de Gaulle weitgehendst in seiner vernünftigen algerischen und sonstigen afrikanischen Politik unterstützen. Beide sind für das Recht der Negervölker auf eigene Staatlichkeit, sobald sie die dafür erforderlichen Bedingungen erfüllen können. Daher Englands feste Haltung gegenüber den Forderungen der weißen Siedler in Rhodesien und ihres Führers Sir Roy Welensky, die das Verlangen der britischen Regierung nach einer allmählichen Beteiligung der Schwarzen an der Selbstverwaltung nicht zugeben wollen. Macmillan ist auch einig mit Kennedy in der unbedingten Unterstützung Hammarskjölds gegen die maßlose Hetze Chruschtschews, der das Generalsekretariat der Vereinigten Nationen in ein aktionsunfähiges Triumvirat verwandeln wollte. Doch würde Macmillan gern ein baldiges Ende der militärischen Intervention der Vereinigten Nationen im Kongo sehen, wo heute, nach dem Mißlingen der kommunistischen Interventionsversuche, die Möglichkeit besteht, durch eine Konföderation und die Zusammenarbeit gemäßigter Eingeborenen einen Bundesstaat zu schaffen, der mit Hilfe belgischer Berater, Sachverständiger und Lehrer die bei der Unabhängigkeitserklärung des Landes gehegten Hoffnungen — nach so furchtbaren Enttäuschungen — endlich erfüllen könnte. Auch die dort so notwendige finanzielle und wirtschaftliche Hilfe des Westens könnte ja auch ohne die Vereinigten Nationen im Rahmen der jetzt festgelegten Organisation der westlichen Entwicklungshilfe für rückständige Länder gegeben werden. Die Intervention der Vereinigten Nationen hatte ja unter anderm eine unerwünschte Folge, nämlich gefährliche Tendenzen gewisser schwarzer Imperialisten, den Mythos einer panafrikanischen Gemeinschaft für ihre nationalistischen Herrschaftsträume auszuheben — mit Unterstützung Rußlands und Chinas.

Die russische Gefahr

Der Gegenstand der größten Sorge beider Staatsmänner bildete aber natürlich Berlin.

Trotz allen Beteuerungen Chruschtschews von seinem Streben nach «friedlicher Koexistenz» und allgemeiner Abrüstung bleibt es weiterhin klar, daß der von ihm verlangte Preis für eine Verständigung mit dem Westen, die Anerkennung der Teilung Deutschlands und die Räumung Westberlins seitens der Westmächte ist und bleibt. Der russische Diktator wiederholt ja dies übrigens bei jeder Gelegenheit. Es ist wohl auch zweifellos, daß seine ganze Abrüstungspropaganda vor allem das Hinausdrängen der Westmächte aus Deutschland überhaupt bezweckt, ob dies nun «erste Etappe der Abrüstung» oder «Rapacki-Plan» oder «Disengagement» genannt wird. Seit der letzten Moskauer Konferenz der Vertreter des «Warschauer Paktes» befürchtet man in London — und anscheinend auch in Washington — eine neue «Berliner Krise» noch vor den westdeutschen Bundestagswahlen. Chruschtschew wird wahrscheinlich durch eine neue Drohung eines Separatfriedens mit der DDR entweder eine Gipfelkonferenz oder wenigstens eine Begegnung mit Kennedy erzwingen wollen. Von irgendeinem Eingehen der Westmächte auf die russische Forderung eines Friedensschlusses «mit beiden deutschen Staaten» kann natürlich keine Rede sein. Für Chruschtschew handelt es sich ja dabei um die Sprengung des atlantischen Bündnisses, die Wehrlosigkeit Westdeutschlands und die endgültige Legalisierung der Unterjochung der Völker Ost- und Mitteleuropas.

Aus diesem Grunde ist der britischen Regierung die Propaganda für die Anerkennung der DDR seitens britischer Parlamentarier besonders unangenehm. Für den seit seinem großen Erfolge mit der Weltraumerforschung Major Gagarins großwahnwitzigen Chruschtschew sind diese Pilgerfahrten britischer Parlamentsmitglieder nach Pankow und Leipzig ein Anschein einer möglichen Schwenkung der britischen Außenpolitik im Sinne eines neuen Appeasement. Nicht nur Vertreter der pazifistischen und gelegentlich kommunistisierenden Linken der Labour-Partei machen von der kommunistischen Gastfreundschaft Gebrauch, sondern auch Konservative wie Lord Boothby und Mr. Dray-

ton, die letzthin dem Genossen Ulbricht versprochen, die Anerkennung der DDR zu fördern. Dabei stellte es sich heraus, daß alle diese Herren von Rechts und Links dabei vor allem die Handelsinteressen verschiedener, von ihnen vertretenen Firmen im Auge hatten. Die britische Regierung hat zwar dem britischen Industrie-Verband gestattet, eine Erweiterung des Tauschhandels mit der Ostberliner Kammer für Außenhandel zu vereinbaren. Schließlich ist ja der Handel zwischen der Bundesrepublik und der DDR auch wieder aufgenommen worden. Jedoch verweigerte die Regierung Macmillans ihren handelsfreudigen Parlamentariern die von ihnen verlangten Kredite für größere Exporte nach dem roten Paradies Ulbrichts und Grotewohls. Auch wurden letzthin Gegenbesuchern aus der DDR Einreisevisa verweigert und ein ostdeutscher Journalist wurde ausgewiesen.

Berichte über angebliche britisch-amerikanische Differenzen in der Frage der Aufnahme Rotchinas in die Vereinigten Nationen sind weit übertrieben. Macmillan hält diese Aufnahme für notwendig, da doch weder moralisch noch rechtlich ein Unterschied besteht zwischen den blutbefleckten Machthabern in Peking und anderen kommunistischen Diktaturen. Kennedy hält sie schließlich und endlich für unvermeidlich, will aber auf keinen Fall Formosa aufgeben. Das verlangt aber auch Macmillan nicht, und solange Rotchina seinen eventuellen Eintritt in die Vereinigten Nationen vom Rückzug der amerikanischen Flotte aus den Gewässern von Formosa abhängig macht, bleibt das Problem akademisch.

Wahlergebnisse

Die letzten Selbstverwaltungswahlen in England beweisen, daß die Konservativen fest im Sattel sitzen. Die sozialistischen Stimmen sind überall zurückgegangen, größtenteils zugunsten der Liberalen. Den Sozialisten schadet am meisten die außenpolitische Einstellung ihres linken Flügels, der, geleitet von pazifistischen Fanatikern wie Lord Russell, Domherr Collins und Gewerkschaftsführer Cousins, die einseitige Abrüstung Großbri-

tanniens gerade im Augenblick verlangt, in dem die Propaganda der angeblichen Unbesiegbarkeit der kommunistischen Mächte und der angeblichen Notwendigkeit, sich in das Unabwendbare zu fügen, ihren «welt-raumerobernden» Höhepunkt erreicht. Das ist dem Durchschnittsengländer, der sich an die Legende vom unvermeidlichen Endsieg Hitlers noch zu gut erinnern kann, zuviel.

Dazu ist er, Gott sei Dank, zu patriotisch. Die Einheit des Westens — sagt der «Economist» (15. April 1961) — hängt nun noch ab von General de Gaulle. «Macmillan muß sich bewußt sein, daß einige entsprechende britische Initiativen dem General Konzessionen seinerseits erleichtern könnten.»

Adam Romer

DER LETZTE WIRTSCHAFTSBERICHT PRÄSIDENT EISENHOWERS

Zwei Tage vor Amtsantritt des neuen amerikanischen Staatsoberhauptes ist der *letzte Wirtschaftsbericht* des abtretenden Präsidenten, *Dwight D. Eisenhower*, publiziert worden¹.

Diese Berichte werden vom *Council of Economic Advisers* vorbereitet, der unter der alten Administration von Professor *Karl Brandt* präsiert wurde. Ihr Zweck besteht darin, jedes Jahr einmal eine zusammenfassende Analyse der Wirtschaftslage Amerikas zu vermitteln, was durch Textbeiträge sowie ein imposierendes statistisches Tabellenmaterial zu geschehen pflegt. Der Inhalt der Wirtschaftsberichte ist nicht nur retrospektiver Art; es werden regelmäßig auch Prognosen für die künftige Wirtschaftsentwicklung versucht und Anregungen für die einzu-schlagende Wirtschaftspolitik gemacht.

Der letzte Wirtschaftsbericht Eisenhowers unterscheidet sich gegenüber seinen Vorgängern insofern, als er im prognostischen Teil (Outlook) reservierter geworden ist. Der Verfasser dieser Zeilen hat vor einem Jahr in den «Schweizer Monatsheften» seine Verwunderung darüber ausgedrückt, daß im Bericht vom Januar 1960 die konjunkturelle Situation der USA so optimistisch beurteilt wurde. Der Vorbehalt hat sich als gerechtfertigt erwiesen, haben doch in der Folge, in den USA bei weiterhin hohem Stand des nationalen Einkommens, Produktion und Beschäftigung abgenommen. Bei Niederschrift dieses Referates (Ende März 1961) konnte die «recession» — oder «business hesitancy», wie man neuerdings etwas euphemi-

stisch sagt — noch nicht mit Sicherheit als überwunden gelten, wenn auch in der amerikanischen Wirtschaft da und dort neues Vertrauen einzukehren schien. Der Bericht für das Jahr 1961 erwähnt verschiedene Faktoren, welche die Konjunktur in nächster Zeit eher beleben dürften (zunehmender Wohnungsbau, weiterhin hohe Konsumausgaben, Kreditleichterungen etc.), vermutet aber auch, daß eine Steigerung der privatwirtschaftlichen Investitionstätigkeit wenig wahrscheinlich sei. Als Grund wird angegeben, schon heute werde die Produktionskapazität in zahlreichen Industrien nicht ausgenützt, und überdies hätten sich die Gewinne der Gesellschaften ungünstig entwickelt.

Als das wirtschaftliche Hauptproblem Amerikas gilt heute allgemein der Umstand, daß die Zahlungsbilanz zunehmend passiver geworden ist. Wie der Bericht für das Jahr 1961 darlegt, hat seit 1950 (ausgenommen 1957) stets ein solches Defizit bestanden. In jedem der drei letzten Jahre war aber der Fehlbetrag mehr als zweimal größer als im Durchschnitt der sieben Vorjahre. Die offizielle Erklärung — übrigens auch der Regierung Kennedy — scheint dahin zu gehen, dies sei vor allem dem Abfluß liquiden Kapitals (inkl. Militärausgaben und Entwicklungshilfe) zuzuschreiben, während der Außenhandel an sich zu keinen Sorgen Anlaß gebe. Auch Eisenhowers letzter Wirtschaftsbericht vertritt diese Auffassung. Beruhigend wird auf die aktive Handelsbilanz Amerikas hingewiesen. 1960 hat sich der Exportüberschuß gegenüber 1959 namentlich dank ver-

mehrter Lieferungen von Rohstoffen und Halbfabrikaten sogar wesentlich vergrößert. Der Bericht weicht indessen der Frage aus, ob strukturell die amerikanische Ausfuhr diejenige Größenordnung habe, die nötig wäre, um die vielfältigen finanziellen Auslandsverpflichtungen zu kompensieren, die nun einmal zur Bürde einer Weltmacht gehören. Diese Frage ist berechtigt, da der amerikanische Export sich seit Jahren offensichtlich weniger auszudehnen vermochte als die Ausfuhren der meisten andern wirtschaftlich entwickelten Länder (auch der Schweiz). Die amerikanische Ausfuhr ist — mindestens relativ — zurückgeblieben. Inwiefern hier ebenfalls eine der Ursachen für die ungünstige Zahlungsbilanzentwicklung sowie die hartnäckige konjunkturelle «hesitancy» liegen könnte, wird vom «Council of Economic Advisers»¹ kaum erörtert. Auch

andere amerikanische Publikationen scheinen dieses heiße Eisen zu scheuen. Eine so schwerwiegende Frage in ihrer ganzen Komplexität auseinanderzusetzen, könnte allerdings auch nicht Aufgabe dieser kurzen Besprechung sein.

Man darf gespannt sein, ob und wie weit die Wirtschaftsberichte des amerikanischen Präsidenten, die eine ungemein reiche Informationsquelle darstellen, unter der neuen Administration in bezug auf Gehalt und Form eine Änderung erfahren werden.

Bernhard Webrli

¹ Economic Report of the President, transmitted to the Congress, January 1961. — Über die beiden vorhergehenden Berichte vgl. «Schweizer Monatshefte», Juli 1960, S. 388.

INNENPOLITISCHE TAGESFRAGEN

Einführung der Gesetzesinitiative?

Nach einer beträchtlichen Reihe von Volksentscheiden über wirtschafts-, sozial- und finanzpolitische Fragen steht der Schweiz nun eine Abstimmung von Volk und Ständen bevor, bei der es um das Problem eines Ausbaues der institutionellen Einrichtungen des Bundes geht. Die Sozialdemokratische Partei hat ein Initiativbegehren eingereicht, das im Bund neben der Verfassungs- auch die Gesetzesinitiative einführen will.

Der Vorschlag ist auf den ersten Blick verführerisch. Mit dieser Wirkung muß auch im Hinblick auf die Volksabstimmung gerechnet werden. Wer wollte so ohne weiteres gegen eine «Erweiterung der Volksrechte» auftreten? Und kann nicht auf die Bewährung der Gesetzesinitiative in einer beträchtlichen Zahl von Kantonen hingewiesen werden? Warum sie also nicht auch im Bund einführen?

Der Nationalrat hat aber mit starkem Mehr Ablehnung empfohlen und ist auch nicht auf den Antrag eingetreten, einen Gegenentwurf auszuarbeiten. Während der Be-

ratungen im Nationalrat in der vergangenen Märzsession hat im Rat und in der Presse eine Diskussion stattgefunden, deren Niveau sich zeigen durfte. Eine Auseinandersetzung grundsätzlicher Natur war in diesem Stadium am Platze. Versucht man aber, sich zu überlegen, wie die Argumente vor der Abstimmung auf das Volk wirken werden, so werden sie anders zu klassieren sein als im Rat. Dem einzelnen Stimmbürger wird es kaum viel Eindruck machen, wenn ihm gesagt wird, früher habe man allenfalls für die Gesetzesinitiative eintreten können, doch sei sie seit dem Übergang zur Proporzwahl des Nationalrates nicht mehr aktuell, da auch kleine Gruppen nun im Rat vertreten seien und dort gesetzgeberische Erlasse vorschlagen könnten. Auch der Hinweis auf eine drohende «Gesetzesinflation» und eine Überlastung der Demokratie mit Abstimmungen wird schwerlich hoch gewertet. Eine übermäßige Inanspruchnahme der Gesetzesinitiative wäre auch insofern kaum zu befürchten, als bei mißbräuchlicher Anwendung ihre Korrektur durch eine Reihe verwerfender Volksentscheide kaum ausbleiben würde.

Was aber zur Ablehnung der Gesetzesinitiative Anlaß geben muß und wohl auch beim einzelnen Stimmberechtigten Eindruck machen wird, ist die Tatsache, daß die Gesetzesinitiative in ihrem wichtigsten Punkt mit Sicherheit nicht halten wird, was sie verspricht. Sie wird dem Unfug der Einkleidung von Vorschriften der Gesetzesstufe in Verfassungsiniciativen vielleicht steuern, aber sie wird diesen Unfug durch einen andern, größeren, ersetzen. Es müßte mit Sicherheit damit gerechnet werden, daß «der Einfachheit halber» Verfassungstexte in Form der Gesetzesinitiative eingebracht würden. Ein Übelstand würde von einem größeren abgelöst. Auch ist der Unterschied zwischen der Gesetzesinitiative in den Kantonen und der gleichen Einrichtung im Bund grundsätzlicher Natur und sehr bedeutsam. Im Bund besteht das Zweikammer-System, das den Kantonen, insbesondere den kleinen, mehr Gewicht geben soll. In den Kantonen gilt durchwegs das Einkammer-System. Wenn ein Kanton die Gesetzesinitiative einführt, so überläßt er das Recht der Gesetzesausarbeitung bis zu einem gewissen Grade dem Volke selber. Im Bund würde die gleiche Institution nicht nur zur Übertragung einer Befugnis, sondern auch zu einer Strukturänderung führen. Nicht nur würde die textliche Gestaltung einzelner Gesetze statt den Räten den Initiativkomitees überlassen, es würde vielmehr der durch das Medium des Ständerates ausgeübte Einfluß der Kantone zunichte gemacht. Für eine solche Änderung der Struktur des Bundes bestehen keinerlei ausreichende Gründe.

Der Ständerat ist nicht nur die Vertretung der Stände und insbesondere der kleinen Kantone, die sonst viel stärker majorisiert würden, sondern auch die gesetzgebende Instanz, die ruhiger und weniger beeinflusst von den Tagesströmungen arbeitet. In der Diskussion im Nationalrat ist beiläufig von einem Anhänger der Gesetzesinitiative gesagt worden, daß die Beratung des Bundesbeschlusses über die Bewilligungspflicht für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland einen Beweis dafür biete, wie nützlich die Gesetzesinitiative wäre. In Tat und Wahrheit spricht aber dieses

Beispiel in der gegenteiligen Richtung. Aus dem Kreis der Anhänger der Initiative sind keine Anträge für eine bessere Ausgestaltung des Bundesbeschlusses gestellt worden. Es ist daher unwahrscheinlich, daß ein Initiativkomitee überlegene Vorschläge hätte machen können. Wohl aber hat die Beratung gerade dieses Beschlusses durch den Ständerat gezeigt, wie sehr dieser Rat hastig gearbeitete Gesetzesentwürfe zu verbessern vermag. Insbesondere hat er die Gefahr ausländischer wirtschaftlicher Retorsionen sehr stark herabgemindert, ohne den Beschluß in seiner Wirksamkeit zu beeinträchtigen. Dieser ist in seiner nunmehrigen Fassung anwendbar auf die entscheidenden Kategorien der Überfremdung des Landes und Bodens: die ausländische Beteiligung an der Spekulation und den Erwerb von Grundbesitz in der Schweiz zur bloßen Kapitalanlage ohne anderweitige wirtschaftliche Motivierung. — Die Auseinandersetzung um die Gesetzesinitiative, auf die man sich insofern freuen darf, als es wieder einmal um grundsätzliche Fragen unseres Staatsaufbaues geht, wird sich wohl weitgehend um die Frage drehen, ob unsere föderalistische Struktur und die Stellung des Ständerates einen teilweisen Abbau erfahren sollen, indem die Ausarbeitung einzelner Gesetzestexte von den beiden Räten auf ad hoc gebildete Komitees übertragen würde, oder ob sie in ihrem heutigen Umfang erhalten bleiben sollen.

Nach dem 5. März

Als der Touringclub der Schweiz das Referendum gegen den Treibstoffzollzuschlag von 7 Rappen ergriff, hat er wohl zu wenig berücksichtigt, daß die Politik eine recht anspruchsvolle Kunst sein kann und die Methode des Simplifizierens gelegentlich dazu führt, daß aus einem erwarteten Erfolg ein Bumerang wird. Die Verwerfung der Vorlage hat nur eine einzige neue Tatsache geschaffen, nämlich, daß nicht ein einheitlicher fester Zuschlag von 7 Rappen erhoben werden darf, bis die Kosten der Nationalstraßen abgetragen sind; alle übrigen bestehenden Gesetzesbestimmungen sind weiter in Kraft geblieben, so diejenige, die es dem Bundesrat untersagt, den Bau der Nationalstraßen in

Angriff zu nehmen, bevor für die Finanzierung Finanzpläne bestehen. Laut gesetzlicher Vorschrift muß die Finanzierung *vorsorglich* geordnet werden, nicht erst nachträglich, wenn das Geld ausgegeben ist. Diese Bestimmung hat den Bundesrat gezwungen, zu verfügen, daß keine neuen Arbeiten in Angriff genommen werden dürften, bis die Finanzierungsfrage durch eine neue Vorlage geregelt sei. Der Bundesrat hätte diesen Entscheid sogar dann fällen müssen, wenn er auf das Begehren eintreten wollte, die Finanzierung wesentlich stärker auf die Aufnahme von Anleihen abzustützen. Auch in diesem Fall wäre ein Finanzierungsplan notwendig, der erst möglich ist, wenn eine neue Vorlage über einen Zollzuschlag in Kraft steht. So bleibt nichts anderes übrig, als zuzuwarten. Im Grunde hat man das alles voraussehen können.

Der TCS hat nach seinem Sieg eine merkwürdige Unsicherheit an den Tag gelegt. Statt seinen Vorstand auf den Tag nach der Volksabstimmung einzuberufen, ließ er erst 14 Tage später etwas von sich hören. Damit hat er während der Zeit, in welcher sich in der Öffentlichkeit und in den Räten die Meinungsbildung über das weitere Vorgehen abspielte, auf eine Einflußnahme verzichtet. Der «Sofortvorschlag», den er dann telegraphisch an den Bundesrat richtete, war undurchführbar. Vielleicht hätte sich der Bundesrat unter sehr weitherziger Interpretation des Zolltarifgesetzes die Befugnis zusprechen können, gemäß dem Antrag des TCS eine Zollerhöhung um 3 Rappen sofort zu beschließen und sie nachher durch die Räte durch referendumspflichtigen Beschluß sanktionieren zu lassen. Obwohl der Sofortvorschlag des TCS, der nur von einem Zollzuschlag, nicht aber von einem ausschließlich für die Nationalstraßen reservierten Zuschlag sprach, in diesem Sinne hätte ausgelegt werden können, hat ihn der Vorstand des TCS sicher nicht so gemeint. Bei einer gewöhnlichen Treibstoffzollerhöhung würden 40% des Ertrages in die allgemeine Bundeskasse fließen, vom Rest käme nur ein Teil den Nationalstraßen zugute. Um das zu verwirklichen, was der TCS wirklich meinte, nämlich ein vollständig für die Nationalstra-

ßen bestimmter Zuschlag, dem rechtlich der Charakter einer Sondersteuer zukäme, wäre nur der Weg des dringlichen Bundesbeschlusses geblieben. Auch für einen solchen bedarf es aber einer Botschaft, der Beratungen in den Kommissionen und eines übereinstimmenden Beschlusses beider Räte. Wie dies alles in den 4 Schlußtagen der Märzsession hätte bewältigt werden können, ist ein Rätsel.

Der Hauptvorschlag des TCS, der einer langfristigen Lösung galt, deklassierte sich dadurch, daß er vom Grundsatz ausgeht, von den Kosten nur etwa die Hälfte laufend abzutragen, im übrigen sich zu verschulden, und zwar in Milliardenbeträgen. Wenn der TCS für die künftige Lösung Gesprächspartner werden will, wird er seine Auffassung in diesem Punkt grundlegend revidieren müssen. In der Praxis wird es nun wohl so herauskommen, daß der künftige Zollzuschlag etwas weniger als 7 Rappen abwerfen wird. Da eine Finanzierung durch massives Schuldenmachen aber nicht in Frage kommt, wird die Lösung darin bestehen, langsamer zu bauen. Vom Standpunkt des Automobilisten aus ist dies höchst bedauerlich, unter dem Gesichtswinkel der überhitzten Konjunktur und des überfremdeten Arbeitsmarktes aber nicht so unwillkommen.

Der TCS hat der Öffentlichkeit nachträglich eine gewisse Überraschung bereitet. Seinem neuen Finanzierungsvorschlag legte er Tabellen bei, in denen die Baukosten und ihre Deckung über die Baujahre verteilt aufgezeigt werden. Dabei sind die Kosten wahrscheinlich zu tief, die Einnahmen aber äußerst optimistisch geschätzt. Auch wenn man in diesen Tabellen einen Treibstoffzollzuschlag von 7 Rappen einsetzt, müßte der Bund von Anfang an für die Nationalstraßen Vorschüsse leisten und wäre eine Abtragung während der Bauperiode nicht möglich. Von den in der Abstimmungskampagne behaupteten «Steuern auf Vorrat» und den «Milliardenüberschüssen» finden sich in den heutigen Tabellen des TCS keine Spuren.

Die Schweiz und die Entwicklungshilfe

Es scheint Aufgabe der Schweiz zu werden, in der weltweiten Diskussion um die Hilfe

an die unterentwickelten Länder, an der sich viele beteiligen, die sich kaum gründlich darin auskennen, einige realistische Töne anzuschlagen. Die Schaffung eines Schulungszentrums für Feinmechaniker in Zusammenarbeit zwischen Indien und der Schweiz, an der sich Dr. *Hans Schindler*, Oerlikon, besondere Verdienste erworben hat, zeigt genau in der Richtung, in der allgemein viel mehr getan werden sollte. In den Entwicklungsländern fehlt es nicht an Leuten, die große Pläne auszuarbeiten wissen. Auch der notwendige Bedarf an Akademikern läßt sich in relativ kurzer Zeit decken. Was fehlt ist der gelernte Arbeiter, der Werkmeister und der Vorarbeiter, die ihre Sache verstehen und das notwendige Arbeitsethos besitzen. Weil sie mangeln, stehen vielerorts wertvollste Geräte und Maschinen unbenutzt herum und verrotten, da niemand da ist, der kleine Schäden beheben könnte. Das Schulungszentrum in Indien wird dem «Friedenscorps» weit überlegen sein, von dem man heute in den USA und andern Ländern spricht, das zum sichern Scheitern verurteilt sein wird, wenn nicht alle jene Leute rücksichtslos ferngehalten werden, die nur aus momentaner Begeisterung oder Abenteuerlust mitmachen möchten, den unterentwickelten Ländern aber nichts an beruflichem Können zu bieten vermögen.

Eine andere Form der organischen Hilfe, an der die Schweiz kräftig beteiligt ist, ist die Gründung von Betrieben in den unterentwickelten Ländern. Durch das Referat von Dr. *A. Wilhelm* an der kürzlichen Generalversammlung der Ciba hat die Öffentlichkeit erfahren, daß laut einer Umfrage schweizerische Mitgliedfirmen der am ehesten in Frage kommenden Verbände in ihren Betrieben in den Entwicklungsländern 58 414 Personen beschäftigen, davon nur 1212 Schweizer. Hinter diesen Zahlen ist eine gewaltige Aufbauarbeit erkennbar, die einer großen Zahl von Angehörigen unterentwickelter Länder die Chancen der lohnenden Beschäftigung, beruflichen Ertüchtigung und des Aufstiegs bietet. Hierfür ein günstiges Klima zu schaffen, ist eine Aufgabe, der sich die unterentwickelten Länder nicht immer genügend widmen. Das Klima muß aber

auch durch vermehrte Abkommen von Industriestaaten mit Entwicklungsländern über die Investitionen und ihren Schutz geschaffen werden. Man möchte wünschen, daß diese Möglichkeiten in erster Linie ausgenützt werden und die Entwicklungsländer sich nicht allzu sehr darauf verlassen, mit der Drohung, sonst in den Ostblock abzuwandern, jede Hilfe herausholen zu können.

Hält die EFTA?

In den letzten Wochen haben sich Meldungen und Betrachtungen von Korrespondenten und Kommentatoren gehäuft, nach welchen Großbritannien mehr und mehr den Beitritt zur EWG (nicht nur eine Assoziation) erwäge. Nun ist es von vorneherein nicht denkbar, daß ein Land von der Bedeutung Großbritanniens einem Vertragswerk wie der EWG beitreten würde, ohne wesentliche Anpassungen zu verlangen. Nichts spricht aber dafür, daß bei der EWG hierzu Bereitschaft besteht. Kürzlich hat nun der Präsident des Verbandes der britischen Industrie erklärt, Großbritannien werde der EFTA voll und ganz die Treue halten. Auch im Gespräch mit der EWG werde es die EFTA-Partner niemals sitzen lassen. Fast gleichzeitig versicherte der österreichische Außenminister *Kreisky*, daß die britische Regierung in allen Besprechungen, die sie in der Frage der Zusammenarbeit mit der EWG geführt habe, im Geiste absoluter Vertragstreue zur EFTA vorgegangen sei. Damit ist die Kirche wieder ins Dorf gestellt worden. Man sollte auch nicht vergessen, daß die Engländer durch Tradition und Erziehung das Ideal des Gentleman hochhalten. Es besteht kein Grund, sie zu verdächtigen, gegenüber ihren Partnern in der EFTA offen oder versteckt wortbrüchig zu werden. In der Diskussion um die EFTA und die EWG sollte man derartige Grundtatsachen weniger verkennen. Schließlich werden wohl auch einmal die Amerikaner erkennen müssen, daß sie nicht auf die Dauer das Problem der Integration in Europa mit der Brille des «terrible simplificateur» betrachten dürfen.

Helveticus

ANTWORT AN HANS POSSE

In der Aprilnummer der «Schweizer Monatshefte» hat Dr. *Hans Posse*, Staatssekretär a. D. der Bundesrepublik Deutschland, «in eigener Sache» im Rahmen seines regelmäßigen *Querschnitts durch neue Wirtschaftszeitschriften* einen scharfen Angriff gegen mich gerichtet. Herr Posse nahm starken Anstoß an einer Bemerkung in meinem Aufsatz *Brückenschlag durch Zollharmonisierung?*, erschienen in der Januarnummer 1961 der «Schweizer Monatshefte». Er unterließ es jedoch, die von ihm beanstandeten Stellen oder deren Inhalt darzulegen und sie dann einer Kritik zu unterziehen. Er wies einfach die in den Schlußteil meiner Arbeit eingeflochtene Bemerkung betreffend die Bundesrepublik Deutschland «mit aller gebotenen Entschiedenheit zurück». Er behauptet kühn, sie treibe Wasser auf die Mühlen der kommunistischen Propaganda, trübe die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland und sei für die von mir empfohlene Verständigungsbereitschaft der beiden europäischen Wirtschaftsblöcke untereinander um so weniger bekömmlich, als des weitern Frankreich und Italien von mir einen Hieb abbekommen hätten. Er schreibt nirgends konkret, woran er Anstoß genommen hat.

Der Unterzeichnete hat in den Schlußbemerkungen seiner Arbeit auf die Unterschiede im Geschichtsbewußtsein der einzelnen Staaten hingewiesen; er hat dargelegt, daß in Frankreich und Italien die politischen Verhältnisse mehr oder weniger labil seien und hat weiter in bezug auf Deutschland das mangelnde gesunde Geschichts- und Nationalbewußtsein und die «unbewältigte Vergangenheit» vieler Kreise erwähnt.

Hätte Herr Posse meine Ausführungen widerlegen wollen, so hätte er folgenden Nachweis erbringen müssen:

1. daß die politischen Verhältnisse in Frankreich und Italien *nicht* labil sind; mit andern Worten, daß Frankreich beispielsweise kein Algerienproblem kennt, das ans Mark unseres westlichen Nachbarlandes greift,

daß die kommunistische Gefahr und Unterwanderung in Italien gebannt sei, daß überhaupt in den EWG-Staaten *keine* hochexplosiven Grenz- und Kolonialkonflikte bestehen;

2. daß auf Deutschland *keine* politischen Hypothesen lasten, daß die Katastrophe von 1933—1945 in Deutschland keinen Bruch in ein fragwürdiges Geschichts- und Nationalbewußtsein vollzogen hat bzw. daß seit 1945 allgemein in Deutschland ein neues Geschichtsdenken eingesetzt hat und ein Maß und Mitte währendes Geschichts- und Nationalbewußtsein sich — in dieser kurzen Periode — in stabiler Weise etabliert hat.

Es liegt auf der Hand, daß Herr Posse nicht in der Lage wäre, den gewünschten Nachweis zu erbringen, weil die von ihm beanstandeten Bemerkungen den *politischen Tatsachen* und der *historischen Wahrheit* entsprechen. Der Historiker *Walther Hofer* hat in seinem Werk «Geschichte zwischen Philosophie und Politik» geschrieben, daß die Neigung zur kritischen Betrachtung der deutschen historischen Tradition desto schwächer wird, je mehr Deutschland wieder zum umworbenen Partner im internationalen Kräftespiel aufsteigen konnte. «Es wäre ein schwerer Irrtum, anzunehmen, daß wenige Jahre eines mehr oder weniger situationsbedingten Umdenkens genügen würden, um ein neues deutsches Geschichtsbild zu schaffen. Dies ist ein Irrtum, sowohl aus dem Blickwinkel der Geschichtsforschung wie aus dem Blickwinkel des Geschichtsunterrichts. Beide, Forschung wie Unterricht, brauchen Jahrzehnte, um das alte deutsche Geschichtsbild durch ein neues zu ersetzen, zumindest die Zeit, bis eine neue Generation unter neuen Aspekten erzogen sein wird¹.»

Ich möchte Herrn Posse darauf aufmerksam machen, daß die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bern Broschüren unter dem Titel «*Herausgegriffen*, aus deutschen Zeitungen, Zeitschriften und Büchern» Personen in der Schweiz zukommen läßt mit hervorragenden und sehr kritischen Aufsätzen über die von mir angeschnittenen Fra-

gen. Niemand in der Schweiz ist jedoch auf den Gedanken gekommen, daß dadurch die «deutsche Ehre» tangiert werde, im Gegenteil: die deutsche Botschaft hat sich — indem sie auch unangenehme Fragen anpackt — einen hohen Kredit in unserem Land geschaffen.

Die oben angeführten Behauptungen von Herrn Posse sind nicht haltbar und bedenklich. Wer aus den kritischen Bemerkungen des Unterzeichneten derartige Konsequenzen zieht, und zwar ohne die Prämissen darzulegen, wie Herr Posse dies tut (Gefährdung des Brückenschlages, Trübung der freundschaftlichen Verhältnisse zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutsch-

land, Förderung der kommunistischen Propaganda), dem muß entgegengehalten werden, daß er damit kein freies Europa und keine freie Staats- und Gesellschaftsordnung aufbaut, sondern kritiklose Untertanen heranzuziehen sucht und daß er in bezug auf Ursache und Wirkung sowie durch die Konstruktion und Bezeichnung eines «Schuldigen» Methoden verfällt, von denen er sich distanzieren sollte.

Gerhard Winterberger

¹ Walther Hofer: Geschichte zwischen Philosophie und Politik, Abschnitt I: Weltanschauung und Geschichtsbild in Deutschland, Basel 1956, S. 20ff.

«Nicht nur im politischen Bereiche, nicht weniger im wirtschaftlichen, stehen der Einzelne und die Gruppen unter der Polarität von Freiheit und Autorität und deren äußersten Entartungen, Anarchie und Versklavung. Jede Freiheit ist Funktion einer Ordnung. Ordnung ist aber nicht bloße äußere machtmäßige Abgrenzung des Raumes, innerhalb dessen die Einzelnen sich rücksichtslos durchsetzen dürfen. Ordnung ist organische Zusammenfassung zu einem sinnvollen Ganzen. Die Spannung zwischen Freiheit und Autorität löst sich in der Gemeinschaft; Gemeinschaft aber ist wechselseitige Verantwortung. Je mehr aus der Freiheit der Entschluß zur Verantwortung für die andern, für die Gesamtheit erwächst, um so weniger muß der Staat mit seinem Zwang, mit der juristisch starren, schematischen Norm oder der bürokratischen Schwere eingreifen. Gerade die freie Wirtschaft, im Bewußtsein der in ihr liegenden gewaltigen schöpferischen Kräfte, wird, was an ihr liegt, durch freie Einpassung in die Gemeinschaft ihre eigenen Grundlagen sichern und so der Gesamtheit und sich auf die Dauer am besten dienen.»

Max Huber